Bitte prüfen Sie regelmäßig, ob ein Muster mit
aktuellerem Stand zum Download bereitsteht!

Durchführungszeitraum

Muster 1

Stand: 04/2025

]
Bezirksregierung Arnsberg	Ort, Datum Kontaktdaten der Sachbearbeitung
Dezernat 25.10 Seibertzstraße 1	Nomakidaten der Gaenbearbeitung
59821 Arnsberg poststelle@bra.nrw.de	Auskunft erteilt
postetione estatin vide	E-Mail
	Telefon
Wichtiger Hinweis zur Übermittlung:	
Senden Sie den Antrag bitte ausschließlich pe poststelle@bra.nrw.de. Der (zusätzliche) Vers	
der sollen nach Übersendung nicht mehr veränd	Original zurückgesendet wird, denn die Formularfellerbar sein. Drucken Sie es entweder mit einem PDF- Innen Sie es ein, sofern Sie es noch auf Papier aus-
Erstantrag (einschließlich A	ktualisierung bis zur Erstbewilligung)
Änderungsantrag auf Ge	währung einer Zuwendung/ei-
nes Zuschusses	
Ordnungsmerkmal (OM):	
sofern bekannt/schon vergeben	
1. Antragsteller*in Name/Bezeichnung	
1. Antragsteller*in	
1. Antragsteller*in Name/Bezeichnung Anschrift E-Mail-Adresse	
1. Antragsteller*in Name/Bezeichnung Anschrift	
1. Antragsteller*in Name/Bezeichnung Anschrift E-Mail-Adresse	

Geplanter Maßnahmebeginn (erste Auftragsvergabe)

Datum

Geplanter Baubeginn

Datum

Geplante Bauzeit (ab Baubeginn)

Dauer in Jahren/Monaten

3. Statistische Daten (s. Erläuterung Ausfüllhilfe Muster 1-Seite 2)					
Bau	länge d	er Gesamtmaßnahme in <u>Metern</u>			
		ge des Radweges dwege zählen doppelt, Angabe in <u>Metern</u>)			
davon Neuanlage eines selbstständig geführten Radweges					
	Neu				
Einbeziehung anderer Straßen und Wege , sofern diese für die dauerhafte Radverkehrsführung ausgebaut werden					
grundhafte Sanierung und Ausbau bereits vorhandener Geh- und Radwegeverbindungen			- und		
Markierung von Radfahrstreifen und Schutzstreifen					
Rad	wegear entualer k	nteil an Gesamtmaßnahmen Kostenanteil an Gesamtkosten des Vorhabens)			
Anza (z.B.	ahl neu 2 Plätze j	geschaffener Fahrradabstellplätze e Anlehnbügel, 1 Platz je Fahrradbox, etc.)			
i -					
4. F	inanzie	erungsplan			
Alle I	Beträge :	sind kaufmännisch auf 100 Euro zu runden		Summe	
4.1	Gesam	tkosten (inkl. nicht zuwendungsfähiger Ausgaben)			
4.2	davon	grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben			
4.3		ch Leistungen Dritter öffentlicher Förderung)			
4.4	Zuwen	dungsfähige Gesamtausgaben			
4.5	Beantragte Förderung (Nr. 5)				
4.6		agte/bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber Nr. 4.5) durch			
4.7	Eigena	nteil (gesamt)			
•	davon				
	4.7.1	zweckgebundene Spenden			
	4.7.2	finanzielle Beteiligung einer Kommune			
	4.7.3	Eigenanteil des Antragstellers			
5. Beantragte Förderung					
Zuwendungsbereich				Zuweisung	
Förd	orrichtlin	io.		Betrag	
Ford	Förderrichtlinie				

2025-04-17 Muster 1.docx Seite 2 von 6

6. Be	gründung (Erläuterungsbericht)
Im Fall verwei	le eines separaten Erläuterungsberichtes können Sie in den Punkten 6.1 und 6.2 auf diesen isen.
6.1	zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)
	Erläuterung der verkehrlichen, städtebaulichen und/oder umweltbedeutsamen Dringlichkeit des Vorhabens
_	
6.2	zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)
Ī	

2025-04-17 Muster 1.docx Seite 3 von 6

DIE AI	ntragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass
7.1	für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist. genehmigt noch nicht genehmigt ist.
	Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthal ten.
7.2	die Haushaltsführung mit einer genehmigten Verringerung der allgemeinen Rücklage nicht erfolgt. erfolgt.
7.3	nachträgliche Änderungen bis zur Erstbewilligung bezüglich Ziffer 7.1 oder 7.2 unverzüglich angezeigt werden.
ist ode	n für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept genehmigt/noch nicht genehmigt er die Haushaltsführung unter Verringerung der allgemeinen Rücklage erfolgt, ist diesem Anine Stellungnahme der Kämmerei hinzuzufügen.
7.4	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
	ellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgefür die Antragstellerin/den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers

8. w	eitere Erklärungen			
Die A	Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass			
8.1	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird.			
	Ausnahme: Bescheid über die Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (Genehmigung vorzeitiger Maßnahmebeginn) ist am erteilt worden.			
8.2	sie/er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt ist berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nrn. 4.1 und 4.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).			
8.3	der notwendige Grunderwerb gesichert ist und alle für das Vorhaben notwendigen Genehmigungen vorliegen.			
8.4	die Zuwendungen a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.			
8.5	die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.die Ausfüllhinweise zum Muster 1 beachtet wurden.			

2025-04-17 Muster 1.docx Seite 4 von 6

9. Anlagen Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen (Pflichtanlagen sind bereits angekreuzt) Muster 02 (Anlage Ausgaben) Muster 04 (Gegenüberstellung Änderungsantrag Bau- und/oder Raumprogramm Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der (Bau-) Maßnahme und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens) sofern nicht in den Ziffern 6.1 und 6.2 bereits abschließend erläutert. Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erforderlich ist und dass die Fördervoraussetzungen zum Zeitpunkt der Bewilligung vorliegen werden Mitteilungen, mit welchem Ergebnis folgende Abstimmungen erfolgt sind: mit der zuständigen Straßenverkehrsbehörde mit den kommunalpolitischen Entscheidungsgremien mit den zuständigen Natur- und Landschaftsschutzbehörde mit der zuständigen Wasserbehörde mit Polizei, Trägern des Brandschutzes und Trägern der Rettungsdienste mit mitbetroffenen Baulastträgern (z. B. Straßen.NRW, DB) mit weiteren städtebaulichen und strukturwirksamen Maßnahmen Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind (Mobilitätsbescheinigung) Grundsätzlich verpflichtend bei allen baulichen Maßnahmen. Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, die planungsrechtlichen Voraussetzungen (Bebauungsplan /Planfest-stellung), die Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen) sowie über das Ergebnis der erfolgten Abstimmung mit städtebaulichen und wirtschaftsstrukturellen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen, Bericht über den Stand der baufachlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die - soweit bereits vorhanden - beizufügen sind Planunterlagen (bei Baumaßnahmen pflichtig) Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) mit Darstellung des kommunalen Gesamtverkehrskonzepts, oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan Lageplan 1:5.000 mit Einzeichnung des geplanten Gesamtvorhabens, dieses ggf. nach Bauabschnitten/Verkehrswerten unterteilt, einschließlich etwaiger bereits laufender oder fertiggestellter Abschnitte Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan; Bauentwurf in Anlehnung an die Richtlinie für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau (RE); einschließlich Grunderwerbspläne und Grunderwerbsverzeichnisse Regelquerschnitt (alt/neu) Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlastenerklärung) Kostenberechnung Angaben des vorgesehenen Vergabeverfahrens Bauzeitenplan Vergleichsberechnungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten und in besonders begründeten Fällen eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung

Ort, Datum Namenswiedergabe und Funktion

2025-04-17 Muster 1.docx Seite 5 von 6

10. Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle (Nr. 6.8 VVG) Auszufüllen durch die Bewilligungsbehörde			
Nach Prüfung der dem Antra gen Unterlagen wird festges hinsichtlich der Planung und	stellt, dass die (Bau-) M	aßnahme den (baulichen) A	nforderungen und
entspricht. nicht entspricht.			
	Gesamtkosten	Zuwendungsfähige Kosten	Zuwendung
Für die Durchführung der Maßnahme hat die Antragstellerin/der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt:			
Aufgrund der Prüfung ergeben sich folgende Beträge:			
Siehe gesondert	en Vermerk über d	las Ergebnis der Antra	agsprüfung.
(Ort, Datum)	(Name	nswiedergabe/Unterschrift)	

2025-04-17 Muster 1.docx Seite 6 von 6